

Sparen bei unserer Gesundheit

Einmal mehr steht „Gesundheitsreform“ für „Tot-sparen“. Auch nicht neu ist, dass der Widerstand gegen eine solche „Reform“ nicht vom ÖGB, sondern von der Ärztekammer ausgeht. Folglich kommen Beschäftigte aus dem Gesundheitsbereich und PatientInnen der „allgemeinen Klasse“ in der medialen Debatte kaum zu Wort. Doch das sind die Opfer der „Reform“.

Seite 2

Hong Kong: Regierungschef geht

Leung Chun-ying („CY“), ist zurückgetreten – Millionen Menschen in Hong Kong feiern diese Neuigkeiten. Sein Rücktritt ist Ausdruck der Nervosität in Peking angesichts wiederkehrender Proteste und letztlich auch ein Sieg der Regenschirmbewegung. Sally Tang mei-ching von Socialist Action schreibt über Hintergründe und Perspektiven.

Seite 12

Schwerpunkt

Wohnen ist ein Menschenrecht. Aber selbst im reichen Österreich bringt es das kapitalistische System mit sich, dass es nicht ausreichend lebaren Wohnraum gibt.

Seiten 7-10



Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 255 | 02.17

Unser Plan: Widerstand!

Die SPÖ beginnt das Jahr mit Kerns „Plan A“. Finanzminister Schelling von der ÖVP kontrahiert mit der Forderung nach einem neuen Sparpaket. Strache stößt bei seiner Neujahrsrede ins gleiche Horn. Kerns Antworten auf soziale Probleme kommen aus dem Repertoire der Wirtschaftskammer: Arbeitszeitflexibilisierung, Kürzungen im Öffentlichen Dienst etc. Strache und Schelling sind gegen Erbschaftssteuern, Kern will diese erst ab einem Erbe (pro Person) von 1.000.000 Euro. Der Unterschied zwischen den Parteien liegt in etwas mehr (SPÖ, FPÖ) bzw. etwas we-

sondern auch der 2012 beschlossene österreichische Stabilitätspakt. Seit Jahresanfang dürfen Bundesländer und Gemeinden so gut wie keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Existierende Schulden müssen rasch abgebaut werden. Alle PolitikerInnen wollen, dass Schulen, Unis und Spitäler nach „marktwirtschaftlichen“ Kriterien organisiert werden. Das bedeutet weniger Geld und weniger Leistungen. Und auch wenn sie stets betonen, wie gut der österreichische Sozialstaat sei: jeder Siebente hierzulande ist armutsgefährdet!

**Egal in welcher Farbe die „Pläne“ daherkommen:
Sie sind neoliberaler Einheitsbrei.**

niger (ÖVP) sozialer Rhetorik. Die Praxis unterscheidet sich allerdings kaum.

Hintergrund ist nicht nur die längst nicht überwundene Krise der Wirtschaft,

2017, soviel kann man auch ohne Kristallkugel sagen, wird kein leichtes Jahr werden. Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung haben lan-



ge Wunschlisten an die Regierung und die Gewerkschaft steht eher hilflos daneben. Wenn die Spitzen der Gewerkschaften den Widerstand nicht organisieren, dann müssen wir das selbst tun. Nicht weil es so lustig ist, sondern weil wir kein weiteres Jahr brauchen, wo die Regierung auf unsere Kosten die Reichen immer reicher macht. Und weil nur eine kämpferische Gewerkschaftspolitik die FPÖ zurückdrängen kann. Apropos: Vor hundert Jahren, 1917, da haben die „normalen“ Menschen in Russland, die Frauen, die Kleinbauern, die ArbeiterInnen die Herrschenden zum Teufel gejagt und selbst die Macht übernommen. Das wär doch mal was, anstatt eine miese Regierung durch eine andere miese Regierung zu ersetzen!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Schluss mit allen Kürzungsmaßnahmen, egal ob von Bund oder Land.
- Für kämpferische Gewerkschaften, die endlich Widerstand organisieren.
- Nein zum täglichen Wahnsinn des Kapitalismus.



von Sonja Grusch 99 Jahre nach Ende der Monarchie scheinen auch die Landesfürsten Geschichte zu werden. Pröll dankt ab, Häupl bringt seinen Nachfolger in Stellung und auch Pühringer wird wohl bald gehen. Den Herren wird nicht fad werden, Wein, Weinköniginnen und Männerbünde gibt es auch weiterhin. Auch wenn die Gründe für die Rückzüge unterschiedlich sein mögen, so ist der politische Hintergrund ein gemeinsamer: nämlich die Krise der etablierten Parteien und des bürgerlichen „demokratischen“ Systems. Ein internationales Phänomen: Parteien, die jahrzehntelang regierten, zerbröseln. Das Vertrauen in PolitikerInnen ist im Keller und ihre „Halbwertszeit“ sinkt. Regierungen werden selten bei Wahlen bestätigt. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos diskutieren die Eliten aus Wirtschaft und Politik über „Populismus“. Ein Ausdruck ihrer Angst vor dem Kontrollverlust. Denn wenn die Mächtigen dabei scheitern, ihre zentralen

Die politische Krise folgt der Wirtschaftskrise

Projekte (Clinton, EU) durchzubringen, dann klingen die Alarmglocken. Überlegungen der SPÖ für ein Mehrheitswahlrecht gehen in dieselbe Richtung. Die Ursache all dessen ist die Wirtschaftskrise. Seit 2007/08 tümpelt die Wirtschaft vor sich hin. Die Regierungen und ihre Maßnahmen wirken hilflos bzw. nicht und haben Armut und Arbeitslosigkeit vergrößert. Es liegt nicht daran, dass sie ihre Arbeit nicht gut „kommunizieren“ könnten, sondern daran, dass ihre Arbeit nicht „gut“ für die Mehrheit der Menschen ist. Weil Kapitalismus nicht „gut“ für die Mehrheit der Menschen ist. Die Krise der bürgerlichen Demokratie ist daher auch eine Krise des kapitalistischen Systems. Und das ist eigentlich auch gut so. Nur dürfen wir es den Rechten nicht überlassen, hier „Antworten“ zu geben, sondern brauchen laute, kämpferische und sozialistische Antworten. Und diese bedeuten auch eine neue und echte Form von Demokratie: in Gesellschaft und Wirtschaft.

Impressum, Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundesvorsitzende Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP | Sitz der Partei: 1200 Wien, Pappenheimgasse 2/1 | Auflage: Je nach Thema unterschiedlich | Druck: digDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

3-Klassen-Medizin in Österreich

2015 waren rund 100.000 Menschen in Österreich gar nicht krankenversichert. In Wien stehen 1.659 KassenärztInnen (Tendenz sinkend) 3.484 WahlärztInnen (Tendenz steigend) gegenüber. Mit über 30% privatem Anteil an der Finanzierung der Gesundheitsausgaben liegt Österreich weltweit im Spitzenfeld. Wartelisten für wichtige Untersuchungen und Behandlungen sind ohne Zusatzversicherung lange. Zwei Beispiele: In Ober-

österreich liegt die Wartezeit für ein künstliches Hüftgelenk im Schnitt bei 70-180 Tagen. 18,4% der KrebspatientInnen in Österreich, die eine Strahlentherapie benötigen, bekommen sie nicht. Diverse Studien und Umfragen beweisen, dass Wartelisten mit Besuchen in Privatordinationen umgangen werden können – auch wenn die eigentliche Behandlung dann in öffentlichen Krankenhäusern stattfindet.



Sparen bei unserer Gesundheit

Die Schlagwörter von Ministerin Oberhauser zur Gesundheitsreform – multi-professionelle Primärversorgungszentren – klingen

ist schon jetzt verheerend für alle, die keine Leistungen zukaufen können.

Im ÖGB sind viele Betroffene (und Beschäftig-

die ihre Privilegien verteidigen. Aber auch die Arbeitsbedingungen für im Krankenhaus angestellte ÄrztInnen verschlechtern sich. Unter langen Dienstzeiten und Überstundendruck leidet auch die Behandlungsqualität. Für niedergelassene ÄrztInnen (z.B. in ländlichen Regionen) bedeuten die „Primärversorgungszentren“ eine Konkurrenz. Sie können – von der Regierung forciert – das (bereits lückenhafte) Netz von Ordnungen ersetzen und so weitere Verschlechterungen im Gesundheitswesen bedeuten. Gesundheitsversorgung wird immer weiter privatisiert – und das können sich immer weniger leisten.

Flo Klabacher,
Krankenpfleger

Die auf den ersten Blick fortschrittlichen Reformansätze sind getarnte Kürzungen.

nach Gesundheitsvorsorge und Prävention. Sie würden Sinn machen, würden sie zusätzliche Mittel bedeuten. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen werden stattdessen aber gedeckelt und ans BIP-Wachstum (das seit Jahren mager ist) gebunden. Das reicht nicht, um bei steigender Lebenserwartung und Bevölkerungszahl den Ist-Zustand zu halten. Der

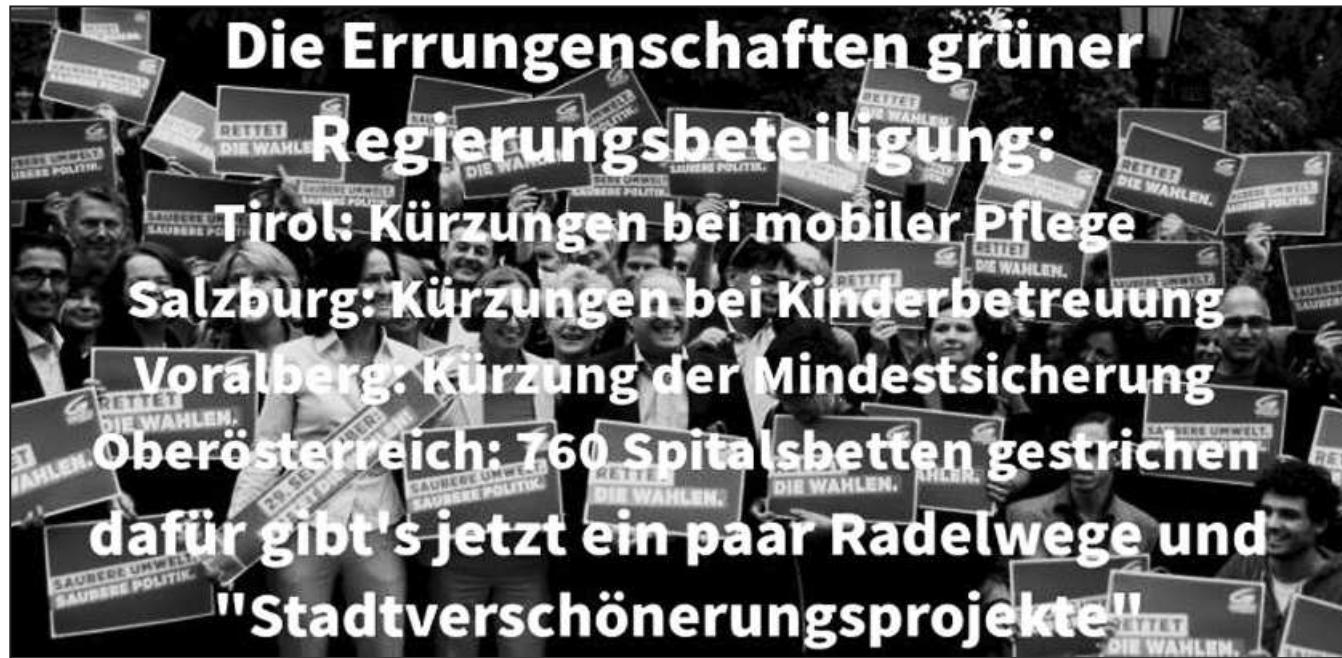
te im Gesundheitswesen) Mitglied, die Interesse an einem Ausbau der Primärversorgung haben. Der ÖGB versucht aber nicht einmal, sie zu mobilisieren. Widerstand kommt aus der Ärztekammer: Der Sparkurs der Regierung gerät in Konflikt mit den Interessen einer Schicht reicher ÄrztInnen (Primäre, OberärztInnen mit eigener Ordination,...),



Eine Investitionsoffensive ist nötig...

...um die medizinische Versorgung aller Menschen, die hier leben, sicherzustellen. Die Gangbetten-Debatte zeigt deutlich, dass mehr Personal nötig ist: Zusätzliche Stationen existieren, werden aber nicht betrieben. Existierende Computer, MRT und andere Geräte können (v.a. in Krankenhäusern am Land) nicht rund um die Uhr verwendet werden. All das, weil kein Personal dafür eingestellt wird. Ordinationen von KassenärztInnen

schließen und hinterlassen Versorgungslücken. Es braucht eine Ausbildungs- und Beschäftigungsoffensive bei ÄrztInnen, in der Pflege und beim medizinisch-technischen Personal. Aber auch Nachrüstung und zusätzliche Anschaffungen, um alle nötigen Untersuchungen und Behandlungen durchzuführen und die 3-Klassen-medizin zurückzudrängen. Geld für all das ist da – bei den Reichen. Wir müssen es uns nur holen!



Die Errungenschaften grüner

Regierungsbeteiligung:

Tirol: Kürzungen bei mobiler Pflege

Salzburg: Kürzungen bei Kinderbetreuung

Vorarlberg: Kürzung der Mindestsicherung

Oberösterreich: 760 Spitalsbetten gestrichen

**dafür gibt's jetzt ein paar Radelwege und
"Stadtverschönerungsprojekte"**

Der rechte Rand

GewerkschafterInnen

und Linke werden entlassen oder verhaftet. Kurden werden vertrieben und Tausende getötet. In der Türkei ist die Rechte auf dem Vormarsch. Auch in Österreich können sich Rechtsextreme aus der Türkei offen organisieren. UnterstützerInnen Erdogans schließen sich in der Union Europäisch-Türkischer Demokraten UETD zusammen. Deren AnhängerInnen fallen u.a. mit Morddrohungen gegen eine ORF-Moderatorin und Angriffen gegen kurdische Lokale auf.

Noch größere Gefahr geht von der Avusturya Türk Federasyon ATF aus, der Auslandsorganisation der türkischen MHP, besser bekannt als Graue Wölfe. Die Wölfe sind eine antisemitische und faschistische Bewegung, die nicht vor Gewalt zurückschrekt. In den 70ern ermordeten sie in der Türkei rund 700 Menschen, auch in Europa kam es zu Anschlägen. Die ATF stellt sich heute als harmloser Verband von Sport- und Kulturvereinen dar, tatsächlich greifen sie immer wieder politische GegnerInnen an. Das hindert die herrschende Politik nicht daran, mit ihnen zusammenzuarbeiten. In Linz kooperierte lange die SPÖ mit dem dortigen ATF Verein, der sogar einen Sitz im Integrationsrat der Stadt erhielt. PolitikerInnen aus ÖVP und SPÖ verhelfen der ATF regelmäßig zu Räumlichkeiten für Veranstaltungen, kürzlich für ein Konzert in Ried. Viele Inhalte ihrer Ideologie, wie Nationalismus, Gewaltverherrlichung und Sexismus, teilen türkische mit österreichischen Rechtsextremen. Deren rassistische Hetze bereitet Vereinen wie der ATF einen fruchtbaren Boden und umgekehrt.

Manuel Schwaiger

Die Grünen und der Linkspopulismus

Wer die Bundespräsidentenwahl ein grüner Sieg? Van der Bellen landet mit diesem Wahlkampf in der Hofburg - die Grünen im

ren Vorfeldorganisationen ist das eine schwierige Situation. Wer die Grünen immer noch als eine "alternative", als ei-

linke Partei wahrgenommen werden. Aber selbst in gesellschaftspolitischen Fragen wandert die Partei nach rechts, wo sie

bürgertum zu beweisen, wie staatstragend, ungefährlich und konventionell man in Regierungsverantwortung handeln wird.

Wer für ArbeiterInnenrechte, Wiederherstellung des Sozialstaates und wirklichen, über Phrasen hinausgehenden Schutz der Rechte diskriminierter Gruppen eintreten will, ist dort falsch. Der braucht etwas anderes als die Grünen - nämlich eine neue ArbeiterInnenpartei. Die würde nicht zuletzt all jenen Linken eine Alternative bieten, die noch bei den Grünen sind, den Kurs dieser Partei aber eigentlich nicht (mehr) mittragen können.

Fabian Lehr

Sind die Grünen wirklich eine linke Alternative?

Zentrum des Establishments. In seinem Versuch, neben Hofer nicht als schlechter Patriot dazustehen, hat VdB einen konservativen, nationalistischen Wahlkampf geführt, in dem er sich als zuverlässiger Kandidat der Reichen und Mächtigen präsentierte. Bezeichnend dafür ist seine unkritische EU-Begeisterung.

Für viele bei den Grünen und besonders ih-

ne "linke" Partei sieht, dem muss dieser Kurs schwer im Magen liegen. Der Richtungsstreit zwischen Pilz und Glawischnig um die Notwendigkeit des "Populismus" ist Ausdruck dafür. In einer Zeit, in der es in Österreich keine große linke Partei gibt, ist es zwar falsch, aber verständlich, wenn die sich wenigstens gesellschaftspolitisch noch oft als "links" positionierenden Grünen als

wirtschafts- und sozialpolitisch längst steht. Die Grünen sind keine linke Alternative, die ArbeiterInnen und Armen etwas zu bieten hätte außer Fortführung der bisherigen arbeiterInnenfeindlichen neoliberalen Politik mit netterer Wortwahl. Hauptanliegen der Grünen ist nicht, Fürsprecher der Interessen der Masse der Bevölkerung zu sein, sondern Kapital und akademischem Klein-

Grüne Praxis: So schlimm wie der Rest

Wo immer die Grünen an/ in der Regierung sind wird deutlich: ihre Praxis unterscheidet sich nicht von der anderer Parteien. Es wird genauso gekürzt und Frauen und Jugendliche sind davon besonders betroffen. Es wird genauso abgeschnitten und gegen die Ärmsten vorgegangen. Und die „Mitbestimmung“ reicht über die Farbe der U-Bahnlinie nicht hinaus. An ihren Taten sollst du sie messen...

In Tirol und Salzburg sitzen Grüne seit 2013 in der Landesregierung. Von einer sozialeren Handschrift ist dabei wenig zu spüren. 2015 wurden in Tirol erhebliche Kürzungen in der mobilen Pflege alter und kranker Menschen beschlossen. Die weggefallenen Leistungen sollen Angehörige künftig privat bezahlen. In Salzburg wurde 2014 der vom Land gezahlte Zuschuss zur Kinderbetreuung um 50% gekürzt.

Die schwarz-grüne Vorarlberger Landesregierung macht momentan Schlagzeilen mit ihrer Ankündigung, auf eigene Faust die Mindestsicherung zu kürzen. Im November kündigte Landeshauptmann Wallner an, die "prinzipielle Zielrichtung" seiner Kürzungspläne sei nicht nur in seiner ÖVP, sondern auch beim grünen Koalitionspartner klar. In Wien wird ein Sparpaket von 10% geschnürt („WiStA“).

In Oberösterreich amtierte seit 2003 eine schwarz-grüne Koalition. Die 2011 beschlossene Spitalsreform sieht bis 2020 Einsparungen in der Höhe von 362 Millionen Euro, die Schließung von Spitalsabteilungen und die Streichung von 760 Spitalsbetten vor. In Wiener Neustadt werden in Zusammenarbeit mit der FPÖ Seniorenclubs und Jugendzentren geschlossen und Einrichtungen privatisiert.

Die PilotInnen der deutschen Lufthansa streikten gegen die Angriffe auf Lohn und Arbeitsbedingungen. Seit fünf Jahren gab es trotz Inflation keine Lohnanpassung. Im Durchschnitt waren das pro Jahr 3,66% Reallohnverlust. Während die PilotInnen mit Unterstützung der Gewerkschaft „Vereinigung Cockpit“ streikten, argumentierte die „Vereinigung Boden“ gegen den Arbeitskampf. Sie wiederholten das Unternehmerargument: „Was immer die Piloten herausholen, muss am Ende des Tages an anderen Stellen im Unternehmen gegenfinanziert werden“. So versuchen UnternehmerInnen stets, die ArbeiterInnenklasse

Frisch gekämpft ist halb gewonnen!

zu spalten und zu täuschen. Die Ver.di Jugend hingegen solidisierte sich mit den PilotInnen. Sie rief dazu auf, den Streik zu unterstützen und nicht die ArbeiterInnenklasse weiter zu spalten. Sie hat richtig erkannt, dass man gemeinsam gegen die herrschende Klasse agieren muss - denn nur so können Errungenschaften verteidigt und erkämpft werden. Der Druck auf Streikende ist immer sehr hoch. Stets gibt es eine Kampagne in den Medien, wo über angebliche „Privilegien“ der Streikenden hergezogen wird. Oder über ihre Verantwortungslosigkeit. Ihr angebliches Verständnis. Oder anderes: Hauptsache, die Streikenden und ihr Streikziel werden mies gemacht. Hier trotzdem weiter zu machen (noch dazu, wenn einem GewerkschaftskollegInnen in den Rücken fallen anstatt zu unterstützen) ist schon an sich eine Leistung. Die PilotInnen haben durchgehalten und ein Ergebnis wird es voraussichtlich Ende Jänner geben.

Peter Hauer



Foto: nullbockaufnulllohnunde

Werde-KV: Null Bock auf Nulllohnrunde

Beim Werbung- und Marktkommunikations Kollektivvertrag (KV) gibts Brösel: Trotz einer Rekordsai-

Auge. Die VerhandlerInnen wollten allen Ernstes, dass die ArbeitnehmerInnenseite unterschreibt,

Beim kleinen Werbe-KV soll das Ende der Kollektivverträge eingeläutet werden. Verhindern wir das!

son für die Werbebranche will die Wirtschaftskammer eine Nulllohnrunde sowie ein Auslaufen des KVs. Obmann Stephan Götz spricht von "veralteten Arbeitszeitregelungen" - die Wirtschaftskammer will die Arbeitszeiten offensichtlich weiter deregulieren. Vor allem die Existenz des KV ist den Unternehmen ein Dorn im

dass der KV auslaufen soll! Apropos: Stephan Götz ist von der „Grünen Wirtschaft“!

Das ist ein erster Testballon dafür, was in anderen Branchen bevorstehen könnte. Denn der Werbe-KV ist ein kleiner KV, der oft als Ausweich-KV verwendet wird. Schon 2012 gab es einen Versuch, den KV nicht zu verlängern -

das wurde durch Mobilsierungen verhindert. Und schon damals war das eine Erpressungsstrategie um die Löhne zu drücken. Viele KollegInnen haben seit Jahren keine IST-Erhöhung bekommen. Dies wurde zumindest ein bisschen durch einen zusätzlichen freien Tag kompensiert. Dieses Jahr wollten sie den freien Tag als 0,87 prozentige Lohnerhöhung verkaufen.

Wir dürfen uns nicht erpressen lassen! Die öffentlichen Betriebsversammlungen am 2.2. sind ein erster Schritt. Wir brauchen aber einen Plan und eine Eskalationsstrategie mit weiterführenden Kampfmaßnahmen bis hin zu Warnstreiks falls die ArbeitgeberInnen auf

stur schalten. Denn das scheint im Moment der Fall zu sein. Die VerhandlerInnen der GPA-DJP sollten die KollegInnen darauf vorbereiten und der ÖGB eine Solidaritätskampagne organisieren - denn ein Negativbeispiel muss verhindert werden. Doch weil wir uns darauf nicht verlassen können, müssen wir jetzt beginnen, uns in den Betrieben und auch betriebsübergreifend zu vernetzen. Die KollegInnen sind durch die Bank stinksauer darüber, wie mit ihnen umgegangen wird. Wir haben eine ordentliche Lohnerhöhung verdient - und die Auflösung des Kollektivvertrags muss verhindert werden!

Eine Beschäftigte im Werbe-KV

Ordensspitäler: ... bis hin zum Streik



Die Kollektivvertragsverhandlungen für alle Ordensspitäler (außer Oberösterreich) brachten für rund 8.000 Pflegekräfte und nichtärztliches Personal eine Erhöhung um 9% heuer und Inflationsanpassungen jeweils in den nächsten zwei Jahren. Damit wird der Lohnunterschied zu den öffentlichen Spitäler in Oberösterreich aufgehoben. Ein wichtiger Teilerfolg der durch die kämpferischen Signale der KollegInnen selbst erreicht wurden. In

einer Abstimmung auf einer BetriebsräteInnenversammlung, der eine Befragung der übrigen Beschäftigten vorausgegangen war, zeigten über 90% ihre Bereitschaft für Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik. Diese kämpferische Anlage, kombiniert mit den Erfahrungen des zweitägigen Streikes der Ordensspitäler in Oberösterreich 2013, konnte die Unternehmensführung zu dem Zugeständnis zwingen. Was wäre möglich gewesen, wenn

die Drohungen zumindest teilweise in die Tat umgesetzt worden wären? Wahrscheinlich eine tatsächliche Lohnerhöhung, nicht nur Anpassung an den öffentlichen Dienst. Im privaten Sozialbereich und bei den oberösterreichischen Ordensspitäler hingegen waren es nur 1,3%. Fatal war hier das Fehlen von weitergehenden Kampfmaßnahmen und faule Kompromisse der Gewerkschaftsführung.

Ein Pfleger

Proteste gegen Trump auch hierzulande

Am 21. Jänner gingen in den USA fast drei Millionen Menschen gegen die Amtübernahme von Donald Trump auf die Straße. Gleichzeitig fanden Solidaritätsproteste auf allen Kontinenten statt. Auch in Österreich beteiligten sich trotz eisiger Kälte tausende Menschen an Protesten. In Salzburg, Linz, Graz und Gmunden organisierte die SLP Kundgebungen (teilweise schon am Freitag den 20.1.). In den Flyern in Gmunden wurde über die Gefahren der Politik von Straße, Trump und Co informiert. Wir führten spannende Diskussionen mit PassantInnen, manche unterstützten uns auch mit einer Spende. Reges Interesse gab es auch am Material unserer US-amerikanischen Schwesterorganisation Socialist Alternative. Auch deren coole Plakate haben wir überall verwendet. Die gleichen Plakate tauchen auf den Protestfotos aus der ganzen Welt auf!

In Wien fand die „Women’s March on Washington“-Demo statt. Die SLP beteiligte sich mit einem lauten, dynamischen Block, dem sich alle paar Minuten neue Menschen anschlossen und die Sprechchöre mitsangen. Bei „Jump, Jump, Jump to Dump Trump“ (Hüpfe um Trump los zu werden“)

Nikita Tarasov

Silvester: Feuerwerk der Ideen

Die Welt feiert Silvester in einem Rausch in der Hoffnung, dass nächstes Jahr alles besser wird. Die ganze Welt? Nein! In einer Stadt in Oberösterreich namens Gmunden gibt sich eine Gruppe nicht zufrieden und leistet Widerstand gegen das kapitalistische Weltbild. Und so begrüßten sie das neue Jahr, vor den Augen bereits das 100. Jubiläum der Oktoberrevolution, mit der „Permanenten Revolution“ von Trotzki. Am Anfang

wurde uns rasch wieder warm. Betont wurde von uns auch, wie notwendig es ist, auch Trumps Freunde hierzulande – u.a. die FPÖ – zu bekämpfen.

Insgesamt nahmen ca. 2.500 Menschen an der Demo in Wien teil. Am Karlsplatz, bei der Auftaktkundgebung, hatten wir einen Infostand mit Material v.a. rund um das Thema „Kampf gegen Frauenunterdrückung“. Die bereits erwähnten US-Plakate wurden an die DemoteilnehmerInnen verteilt und kamen auch sehr gut an. Gleichzeitig nutzten wir die Gelegenheit und mobilierten kommende Events. Vor allem die Kundgebung am 28. Jänner vor der Russischen Botschaft gegen die Gesetzesnovelle in Russland, die häusliche Gewalt verharmlost, fand großen Anklang. „Da werde ich auf jeden Fall hinkommen! Gern jetzt ist es wichtig, internationale Solidarität zu zeigen und sich gemeinsam gegen Unterdrückung zu wehren!“, reagierte eine junge Frau auf meine Einladung zu der Aktion. Anschließend an die Aktionen selbst organisierten wir in Wien eine Veranstaltung, bei der mit einem unserer Aktivisten aus den USA diskutiert wurde, wie der Widerstand gegen Trump und den Rechtsruck in den USA aufgebaut werden kann.

Nikita Tarasov



Linz gegen homophobe Gewalt

Am Neujahrsmorgen wurde ein 26-jähriger offen Homosexueller in der Linzer Altstadt krankenhausreif geschlagen. Mit Foto von sich und dem Kommentar: „Weil ich

des Opfers vor und erwähnte, dass es in letzter Zeit wieder vermehrt zu Übergriffen kommt. Flo Klabacher von der SLP erklärte, dass der Aufstieg der FPÖ auch

troffenen und AktivistInnen führt. Das zeigte Alec Jakolic von der SLP am erfolgreichen Beispiel „Ehe für alle“ aus Irland auf. Nach dem Protest luden wir zu einem LGBT-

SLP organisiert Solidarität mit Opfern homophober Gewalt – gemeinsamer Widerstand ist nötig!

schwul bin!“, machte er auf Facebook darauf aufmerksam.

Die SLP organisierte, gemeinsam mit HOSI Linz und Grüne Andersrum, am 11.1. einen Protest am Taubenmarkt. Trotz der Kälte kamen ca. 50 Menschen ein, um ihre Solidarität zu zeigen. HOSI Sprecher Stefan Thuma las einen Brief

mit einer gesellschaftlichen Stimmung einhergeht, die Schwulenhasse und Rechtsextremen Selbstbewusstsein gibt, ihren Hass in die Tat umzusetzen. Doch es kann gelingen, Homophobie zurückzudrängen und gleiche Rechte zu erkämpfen, indem man eine aktive und langfristige Kampagne von Be-

QI+-AktivistInnen treffen ein. Beim Ausklingen des Abends und beim Vernetzen sprachen wir über die Wichtigkeit der Solidarität verschiedener Menschen, die von Unterdrückung betroffen sind, und darüber, wie wir kommende Proteste, z.B. im Sozialbereich unterstützen können.

Petra Oirer

Termin des Monats

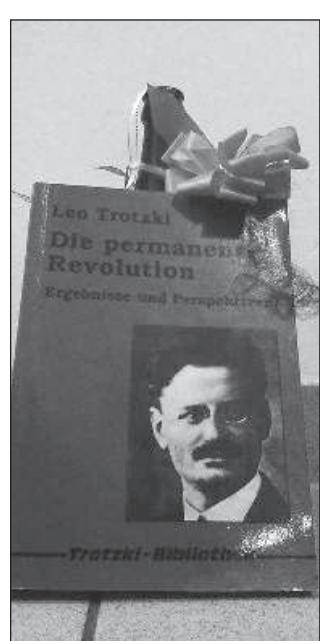


International gehen Frauen auf die Barrikaden: für das Recht auf ihren eigenen Körper, gegen Kürzungen und gegen Sexismus. Auch am 8.3.1917 haben Frauen mit ihrem Protest gegen Krieg und Hunger die Russische Revolution losgetreten. Bei unserem Seminar beschäftigen wir uns mit den aktuellen Protesten von Frauen und den Aufgaben einer neuen Frauenbewegung.

Samstag, 11.3., von 14⁰⁰–19⁰⁰ Uhr (im Anschluss Film)

SLP-Büro – 1200 Wien, Pappenheimg. 2/1

Bitte anmelden unter slp@slp.at



€15 mehr pro Jahr streift die GIS ab Mai ein. Das hebt zwar nicht automatisch die Qualität des Fernsehprogramms, sichert aber die Bezüge der SpitzenvierteInnen im ORF. Dafür gibt's für die GebührenzahlerInnen Altbewährtes, wie Scrubs und Rosamunde Pilcher. Der Bildungsauftrag, den der ORF gerne groß vor sich herträgt, findet nur auf ORF III statt. Der wird aber weit weniger gepusht als die zu Trashsendern verkommenen 1 und 2. Immer wieder wird auch über fixe Haushaltsabgaben diskutiert, da immer mehr TV-KonsumentInnen nur mehr über den Computer schauen und so der Gebühr entgehen (Steuern zahlen

Rote Seitenblicke

wir eh trotzdem). Die Herrschenden haben genug Plattformen, um uns ihre Weltanschauung aufzudrücken. Da brauchen wir nicht auch noch ein öffentliches Fernsehen, in dem jene Reichen und Mächtigen das Sagen haben, die uns tagtäglich mit ihrer kapitalistischen Politik das Leben schwer machen.

Was WIR brauchen, ist ein öffentliches Fernsehen, das wirklich unterhält, das bildet, politisch wie wissenschaftlich. Fernsehen für die arbeitende Klasse in der Hand der ArbeiterInnenklasse, und nicht in der von abgehobenen FunktionärInnen und deren FreundInnen. ArbeiterInnenkontrolle statt Stiftungsrat quasi. Das Geld für ein solches TV liegt unter anderen auch bei denen, die den von uns finanzierten ORF genauso als Werbefläche missbrauchen wie die Privatsender. Außerdem wird Werbung dann gestrichen. Statt dessen wird dann wirklich kritisch berichtet über Missstände und die Kämpfe dagegen vorangetrieben.

Thomas Hauer



Mainstream überholt Trump & Co

Rassismus, Sexismus und der Kampf dagegen, Homosexualität und Frauen, die nicht ausschließlich Aufputz für den männlichen, weißen, muskelbe-

christlich-konservative Leben propagieren, ziehen nicht mehr. Zu viel und zu oft haben wir erlebt, dass Leben für uns so nicht ist. Im Kino will man nicht

Film "Rogue One" gewettet wird - und zwar vom rechtsextremen Alt-Right-Movement, das im US-Wahlkampf Trump unterstützt hat. Warum?

de sogar der kommunistischen Propaganda bezichtigt. Im Film werden die Herrschaftsverhältnisse hinterfragt, bekämpft und auf den Kopf gestellt. Die Figuren - allen voran der Bauarbeiter Emmet - kämpfen erfolgreich gegen den bösen „Lord Business“.

Auch Hollywood hat erkannt, dass das Bewusstsein links von Trump ist.

packten Helden sind, werden im kommerziellen Kino immer präsenter.

Nicht, dass Hollywood so fortschrittlich wäre - aber die Millionen, die in die Filme investiert werden, müssen sich rentieren. Also müssen sie an ein bestimmtes Bewusstsein, das es in breiten Schichten gibt, anknüpfen. Der Traum einer abgehobenen Schicht des "American way of life", Filme, die das

nur abgelenkt werden, man will auch etwas wiedererkennen. In den Filmen spiegelt sich wider, dass fortschrittliche Positionen massenhaft Unterstützung finden - auch wenn konservative PolitikerInnen, die Kirche und Ewigestrige darin den Untergang ihrer „Kultur“ sehen.

Es ist daher kein Wunder, wenn z.B. gegen den neuen Star Wars-

Weil mutige Frauen und Nicht-Weiße die Hauptrollen spielen. Sogar in Disneys neuem Animationsfilm "Vaiana" ist die Heldenin eine Jugendliche, die nicht ins Schönheitsideal passt. Prinzessin werden will sie nicht - und einen Prinzen will sie schon gar nicht. Keck und frech verliebt sie sich ins Meer und braucht keinen männlichen Aufputz. Das LEGO-Movie wur-

2017 kam „Hidden Figures - Unerkannte Heldeninnen“ in die Kinos. Der US-Film enthüllt die verschwiegene Rolle schwarzer Frauen in der Wissenschaft und erzählt ihre Kämpfe. Im März erscheint „Der junge Karl Marx“ in Starbesetzung. Linke, sogar revolutionäre Inhalte taugen fürs Kino - und erst recht für die Realität!

Karin Wottawa

Spitzensport: Werbemaskottchen fürs Militär

Rund 12 Millionen Euro gibt das Bundesheer im Jahr für den Spitzensport aus. Etwa 200 SpitzensportlerInnen stehen als ZeitsoldatInnen im Sold des Bundesheeres. Doch es geht dabei nicht einfach um die Förderung sportlicher Leistungen, sondern vor allem um Werbung für das Heer. Und dient als Lockmittel für neue RekrutInnen. Salzburgs Heeressprecher Gerald Gundl behauptete in einem Interview mit dem ORF: „Die

Leistungsfähigkeit, die die Spitzensportler bringen, wird zum Beispiel in der Attraktivierung des Grundwehrdienstes eingesetzt.“

Dies gelingt unter anderem, da es vor allem in Randsportarten auch schwierig ist, außerhalb des Heeres professionell Sport zu betreiben und einem Beruf nachzugehen. Somit versucht der Österreichische Staat, junge Menschen für das Militär zu ködern. Dabei wird

natürlich strikt das kapitalistische Leistungsprinzip angewandt. Sportliche Eliten sollen gefördert werden. Bleiben die Erfolge aus, so werden die SportlerInnen ausgemusstert.

Es braucht jedoch ein kostenfreies Sportangebot für alle. Notwendig wäre also eine Ausweitung der Förderung im Breitensport und Verbesserung des Angebots für die gesamte Bevölkerung.

Lukas Kastner



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Mietenhorror: Willkommen im freien Markt

Schön und auch leistbar zu wohnen ist ein Menschenrecht. Aber selbst in einem so reichen Land wie Österreich bringt es das kapitalistische System mit sich, dass es nicht ausreichend leistungsfähigen Wohnraum gibt. Aus allen ernst zunehmenden Statistiken lässt sich v.a. eines erkennen: Der Markt ist das Problem - nicht die Lösung.

In Elendsquartieren hausen Bauarbeiter, die Wohnungen errichten, von denen sie selbst nur träumen können. Prekar lebende und arbeitende MigrantInnen zah-

das meist einher mit der Drangsaliertung von Alt-mieterInnen und Profiten für Spekulation.

Ohne die Schutzbestimmungen, die die Arbeitnehmerbewegung in den letzten 100 Jahren erkämpft hat, wäre das Problem noch viel größer. Der "soziale Wohnbau" ist oft alles andere als sozial. Auch in Gemeindebauten müssen v.a. junge Menschen tief in die Tasche greifen, um sich eine Wohnung leisten zu können. Auch wer in einem geschützten unbefristeten Mietverhältnis lebt, wohnt

2012 zeigte die AK-Wien auf, dass in zehn Jahren die Mieten um fast 34% gestiegen waren: Löhne und Gehälter aber nur um 22%. Die Hälfte der MieterInnen am privaten Markt zahlt im Monat 643 Euro oder mehr fürs Wohnen. Aber es geht auch um Sicherheit. Bei Wohnungen im Privatbesitz sind bereits über 60% der neu abgeschlossenen Mietverträge befristet. Und billiger wird es am Ende der Befristung kaum werden.

Egal ob Privatbesitz an alten Gründerzeithäusern, Grundstücksspekulation oder Neubau: Mit

ker Manfred Haimbacher beim sozialen Wohnungsbau. Kern will Banken und Versicherungen weiter in den Markt holen. SPÖ und Grüne setzen in Wien v.a. auf Ankündigungen. Sie sind nicht bereit, das Geld der Superreichen anzugreifen und tatsächlich Wohnungen zu bauen. Was von den im Wahlkampf versprochenen 10.000 neuen Wohnungen jährlich in Wien bleibt, ist abzuwarten. Fest steht: Beim aktuellen Zuzug zu Wien werden sie nicht annähernd ausreichen. Bei geförderter Genossenschaftswoh-

tierte Immobilienhandelsfirma "Remax" ihre Prognose für 2017. Das Remax Geschäftsmodell basiert auf beteiligten, selbständigen Immobilienmaklern. Um diese anzuwerben, werden hohe Gewinne versprochen. Im österreichischen Durchschnitt sollen die Preise für Wohnen 2017 (Eigen-tum und "private" Miete) um weitere 3,9% steigen. Besonders zynisch: Im "oberen Preissegment" wird nur eine Steigerung um 0,8% erwartet. Im "unteren Preissegment" liegen die Preissteigerung aber bei 5,1% und mehr. Das "untere Segment", das sind wir, die wir nicht viel haben, die durchschnittlichen ArbeitnehmerInnen. Hier soll es 2017 9% mehr Nachfrage geben. Steigende Nachfrage, knappes Angebot: Optimale Bedingungen für Miethaie und Wohnungsspekulation. Die herrschende Politik und der „freie Markt“ sind ungeeignet, um das Menschenrecht Wohnen zu sichern. Das muss erst durch eine starke Bewegung von ArbeitnehmerInnen und MieterInnen erkämpft werden.

Michael Gehmacher

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis: Und doch machen wenige auf Kosten aller damit Profite.

len überhöhte Mieten, weil sie rechtliche Schritte aus Angst vor Konsequenzen scheuen. Jugendliche werden unfreiwillig zu „Nesthockern“, weil sie sich keine Wohnung leisten können. Im Zeitraum von einem Jahr sind in Wien sieben Häuser fast oder tatsächlich eingestürzt. Wird in Alt-bauten gebaut, dann geht

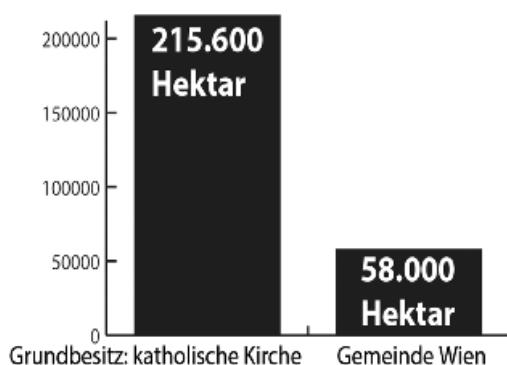
nicht immer günstig. Der private Wohnungsmarkt ist noch schlimmer. Mieten in neuen Mietverträgen sind in der Regel um ein Fünftel höher als Mieten in bestehenden Verträgen. Zwischen 2011 und 2015 stiegen die Mieten um 14,9%, bei den Wohnungen am privaten Wohnungsmarkt und wollen privatisieren. So sparte der oberösterreicherische FPÖ-Poli-

Wohnen lässt sich viel Geld verdienen. Entgegen aller Beteuerungen über das Recht auf menschenwürdiges Wohnen fördert die herrschende Politik genau diese Profitorientierung. FPÖ und ÖVP setzen auf den privaten Wohnungsmarkt und wollen privatisieren. So sparte der oberösterreicherische FPÖ-Poli-

nungen ist der hohe Eigenmittelanteil (Baukostenzuschüsse und Genossenschaftsanteile) eine oft unüberwindbare finanzielle Hürde. Und die Genossenschaften holen sich das Geld dann über Subfirmen bei Verwaltung, Reinigung etc. von den MieterInnen.

Am 3.1.2017 veröffentlichte die gewinnorien-

Katholische Kirche: Reich an Grund und Immobilien



Geschätzter Wert des Grundbesitzes der kath. Kirche: weit über 2,5 Milliarden Euro sowie Immobilien im Schätzwert von mind. 500 Millionen.

Grafik: SH © SLP 2017

Grund und Boden in Österreich

Die neuen „Gemeindewohnungen“, die Häupl und Ludwig in Wien ankündigten, kosten 7,50 Euro pro m². Der Richtwert in Wien beträgt 5,39 Euro. Gebraucht werden in Wien zehntausende leistbare Wohnungen jährlich. Angekündigt wurden 2.000 dieser Pseudo-Gemeindewohnungen in den nächsten fünf Jahren. Der Zugang zu Gemeindewohnungen wurde im Juli 2015 weiter beschränkt. Für „smart“-Wohnungen gelten die selben Zugangsbeschränkungen, weshalb Menschen aus dem System geflogen sind, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können oder von SpekulantInnen rausgemobbt werden. Für „smart“-Wohnungen sind 60 Euro pro m² zu berappen.

Der Familie Soulier gehört ein riesiges Firmengeflecht von Bau- und Immobiliengesellschaften und sie vermehrt ihren Reichtum mit Luxuswohnungen, u.a. auf Grund, der von der Stadt Wien verscherbelt wurde. Bei der Vertreibung letzter widerständiger MieterInnen bekamen sie Unterstützung von den Neos.

Der Eigentümer des größten österreichischen Immo-Unternehmens ist René Benko. Lt.

Magazin Trend auf Platz 12 der reichsten ÖsterreicherInnen mit einem Vermögen von 2,3 Milliarden Euro. In seiner Signa-Gruppe sitzen Ex-SPÖ-Kanzler Gusenbauer und Ex-FPÖ-Vizekanzlerin Riess im Beirat der Holding.

Clemens Schneider: „Die Mieter werden ausgemietet, die Häuser generalsaniert und danach statt um vier Euro um 6,50 Euro oder mehr vermietet. Das funktioniert sehr gut.“ Dieser Mann war CEO der Conwert Immobilien Invest SE und davor Finanzchef des ÖGB.

Grundbesitz in Österreich: Adel und Kirche

Bundesforste AG, ca. 10% des Staatsgebiets, 861.000 Hektar. 1997 privatisiert als AG, nur 50% des Gewinns gehen an die Republik.

Stadt Wien (hauptsächlich Quellschutzgebiete nicht in Wien), 58.000 Hektar

Esterházy Betriebe, größter privater Grundbesitz, 44.000 Hektar Land, mehr als ein Zehntel des Burgenlands

Alpenverein, 33.500 Hektar

Mayr-Melnhof-Saurau (Adels- und Unternehmerfamilie), 32.400 Hektar

Alwa, Güter- und Vermögensverwaltungs GmbH, im Besitz von Land Steiermark, 16.000 Hektar

Quellen: Trend, Standard, Presse

Wenn Grundrechte mit Füßen getreten werden: Profit bestimmt über Wohnraum.

Kein Wahlkampf ohne das Thema „Wohnen“. Denn obwohl die Anzeigenseiten voll sind mit Wohnungsinseraten, ist es kaum möglich, eine leistbare und lebenswerte Wohnung zu finden. Die Lösungen der herrschenden Politik aber sind dürfzig.

Wenn Wohnen dem Markt überlassen wird, gibt es zu wenig, zu teuren und zu schlechten Wohnraum.

Die SPÖ, früher verantwortlich für den Wohnungsbau im „Roten Wien“ und MieterInnenschutz, ist seit vielen Jahren aktiver Teil der Aushöhlung des Mietrechtsgesetzes. Dadurch wurden insbesondere die Mietzinsbeschränkungen so weit ausgehöhlt, dass nichts mehr davon übrig ist. In den verbliebenen wenigen Bereichen mit regulierter Miethöhe im Altbau ist auch diese Regulierung aufgrund befristeter Mietverträge de facto nicht vorhanden. Wer die Miethöhe bei der Schlichtungsstelle anflicht, bekommt sicher keine Verlängerung. Die Verfahren bei Schlichtungsstellen sind völlig zahnlos, überhöhte Betriebskosten werden bestenfalls festgestellt, aber keine Rückzahlung angeordnet. Gegen Mobbing und unterlassene Instandhaltungen haben MieterInnen keine effektive Handhabe. Zahlreiche Novellen wurden zum Vorteil von VermieterInnen durchgeführt.

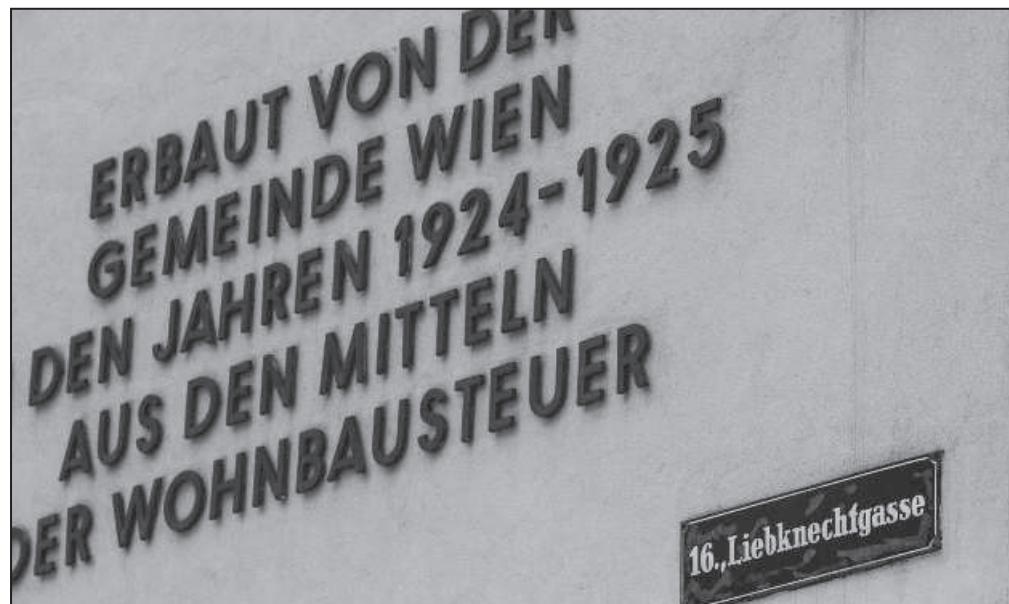
Die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte konnten leicht beseitigt werden, weil sie auf Reformen im Rahmen der kapitalistischen Logik beschränkt waren und das Eigentum nicht angetastet haben. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Spekulation mit Wohnraum

deshalb besonders profitabel. Und wenn die herrschenden PolitikerInnen von „Reform“ reden, wissen wir inzwischen, dass dahinter eine Verschlechterung für uns steckt. Von Versprechungen der etablierten Parteien ist nichts zu erwarten.

Als ersten Schritt ist es nötig, direkt dort, wo Private Profite mit Wohnraum machen, Verbesserungen zu erkämpfen. Das bedeutet echten MieterInnenschutz, Mietzinsobergrenzen sowie das die Vermieter nur erwiesene Kosten in Rechnung stellen dürfen und die Abschaffung von MaklerInnengebühren. Hier stoßen wir aber bald an Grenzen. Bei einkommensbezogener Obergrenze haben die KapitalistInnen die Möglichkeit, nur an Menschen mit hohen Einkommen zu vermieten. Bei absoluten Obergrenzen können sie auch einfach keine Wohnungen mehr vermieten. Das ist schon jetzt der Fall. Wohnungen werden nicht vermietet, sondern

verkauft. SpekulantInnen kaufen Häuser zu Spottpreisen, wandeln in Eigentumswohnungen um und verkaufen dann die einzelnen Wohnungen. Jene, die es sich leisten können, kaufen diese für ihre Kinder, oder vermieten einzelne Zimmer oder die gesamte Wohnung, oft an Studierende (unter Umgehung des Mietrechts als „Wohngemeinschaft“), auf Plattformen an TouristInnen (wimdu etc.) und erhoffen sich so eine Altersvorsorge. Menschen, die aus (berechtigter) Angst um ihre Zukunft im Alter ihr Geld in „Vorsorgewohnungen“ stecken, werden so zu unfreiwillingen Steigbügelhaltern des Großkapitals. Auch die BettgeherInnen des 19. Jahrhunderts sind wieder da: Dubiose Firmen vermieten Matratzen und Stockbetten um hunderte Euro als „Beherbergungsbetrieb“ an ArbeiterInnen. Das Mietrecht geht also am Weg zu den BewohnerInnen verloren. Auch Leerstände sind nicht die Ursache, sondern ein bloßes Nebensymptom. Die SpekulantInnen machen Profite nicht mit Leerständen, sondern mit Verkauf. „Freiräume“ und hippe Bobo-Projekte bleiben privilegierte Zugänge (und teilweise sogar profitable Zwischenvermietung als „Start up“), solange sie vom Gutdünken der Eigentümer abhängen.

Verbesserungen wie Abschaffung von MaklerInnengebühren, effektive kostenfreie Rechtsvertretung sind ebenso wichtige erste Schritte wie effektive, klare, uneingeschränkte Mietobergrenzen für ALLE Wohnungen. Das alles muss



aber erkämpft werden und geht nicht ohne Antastung des Profits mit Wohnraum. Und da kommt natürlich sofort die geheuchelte Reaktion der Reichen, es würde nun HäuslbesitzerInnen ihr schwer Erarbeitetes gestohlen. Tatsache ist: Wer in eigener Wohnung bzw. Haus wohnt oder allenfalls einen Zweitwohnsitz hat, macht keinen Profit. Die selbsternannten VerteidigerInnen der kleinen HäuslbesitzerInnen sind in Wahrheit diejenigen, die Menschen aus ihren Häusern delogieren lassen. Die HeuchlerInnen wissen genau: Es geht

um darauf Wohnraum errichten zu können. Wenn man sich an die Spielregeln des Marktes hält, ist es unmöglich, Wohnraum wirklich leistbar zu errichten.

Außerdem ist der angebliche „öffentliche“ Wohnbau längst in privater Hand und bietet eine profitable Spielwiese für SpekulantInnen, Baufirmen, PolitikerInnen und Auftragnehmer. Die Arbeitsbedingungen für die am Bau Beschäftigten sind teilweise wie jene des 19. Jahrhunderts. Dahinter stecken AuftraggeberInnen auch aus dem „öffentlichen“ Bereich wie etwa die

al ist daran nichts, weil sich viele nicht einmal den Genossenschaftsanteil leisten können.

Wohnraum kann nur mit dem Erkämpfen von wirklich öffentlichem Wohnbau geschaffen werden. Das heißt, nicht Kauf des Grundes von Großgrundbesitzern, nicht Millionenförderungen an Bauträger und Immobilienkonzerne und nicht milliarden- und millionenschwere Aufträge an Architekturbüros und Baukonzerne. Öffentlicher Wohnbau heißt Enteignung des dafür nötigen Grundes, wenn er im Eigentum von großen Unternehmen und GroßgrundbesitzerInnen ist. Ordentliche Wohnungen werden gebaut auch durch die Anstellung aller Beschäftigten – von ArchitektInnen über IngenieurInnen bis MaurerInnen und FliesenlegerInnen – direkt im öffentlichen Dienst zu ordentlichen Bedingungen und Löhnen. Die Planung, Vergabe und Verwaltung der Wohnungen durch demokratisch legitimierte Vertretungen und Organisationen der betroffenen Wohnungssuchenden und BewohnerInnen stellt sicher, dass alle, die eine Wohnung brauchen, auch eine bekommen. Leistbare Wohnungen für alle finden sich im Dreieck des Kampfes für echten öffentlichen Wohnbau, effektiven MieterInnenschutz samt Mietobergrenzen und Abschaffung privater Profite mit Wohnraum als Voraussetzung für beides. Was der Markt nicht kann, kann eine sozialistische Wohnungspolitik.

Helga Schröder

Es gibt keine Lösung der Wohlmisere ohne Beseitigung der kapitalistischen Wurzeln.

nicht um die BesitzerInnen von Eigentumswohnungen, Häusern oder Zweitwohnsitzen, sondern um jene großen Vermögen an Wohnraum, mit denen Profit gemacht wird und das eben nicht „erarbeitet“ ist, sondern ererbt oder mit der Arbeit anderer angehäuft ist. Es geht um die Esterházy, nicht um die die Resi-Tante.

Der Aufbau eines parallelen öffentlichen Wohnungsmarktes reicht nicht aus. Wenn wir das Eigentum an Großgrundbesitz, die Vermögen der Superreichen und die Profite von Immobilien- und Investmentkonzernen unangetastet lassen, landen wir auch beim öffentlichen Wohnbau bei dem beschriebenen Dilemma: Länder und Gemeinden müssen den Grund kaufen,

Stadt Wien und ihre ausgedienten Unternehmungen. Diese vergeben Aufträge an große Bau-Unternehmen, die wiederum Sub-Sub-Aufträge vergeben und alle schieben die Verantwortung ab.

Auch das System der Förderungen bringt keinen leistbaren Wohnraum. Für „geförderte“ Genossenschaftswohnungen muss man ztausend Euro hinblättern. Wer das nicht kann, hat Pech. Die Förderungen fließen an private Bauträger. Nichts geht an betroffene Wohnungssuchende oder Menschen, die den Großteil ihres Einkommens fürs Wohnen aufwenden müssen. Für Wohnungssuchende bedeuten diese Förderungen nur eines: Beschränkten Zugang zu den Wohnungen. Sozi-



Marx aktuell

Sozialistische Wohnpolitik ist viel mehr als leistbarer Wohnraum, denn Wohnen ist ja auch mehr als im Warmen schlafen. Im Kapitalismus hängt das Wohnen und damit der Lebensentwurf v.a. am Einkommen. Der angeblich perfekte Lebensentwurf braucht Geld: Das eigene Haus am Stadtrand, bewohnt von der „klassischen“, bürgerlichen Familie. Auch wenn das für die Mehrheit unerreichbar ist, gilt das in Medien und bürgerlicher Politik als die gesunde Norm. Die Ideal-Familie ist das Spiegelbild der kapitalistischen Gesellschaft: Strenge Hierarchien und Rollenbilder, jedeR hat einen fixen Platz und gewöhnt sich so daran, nicht aufzumucken. Die Aufteilung der Hausarbeit in der Familie ist hier wesentlicher Bestandteil: Bis heute verrichten Frauen den Großteil der Hausarbeit. Das wird aber nicht bezahlt, was in unserer Gesellschaft bedeu-

Wohnen zwischen Reform und Revolution

tet, diese Arbeit sei weniger wert, die Unterdrückung der Frau also gerechtfertigt. In dicht besiedelten Städten wird versucht, dieses „Idealbild“ der bürgerlichen Familie aus dem 19. Jahrhundert in die Wohnungen der ArbeiterInnenklasse zu pressen. Das funktioniert natürlich nicht. Statt aber anderen/neuen Lebensweisen Raum zu geben, wird ein Abweichen von dieser „Norm“ als Scheitern gebrandmarkt. Wer also arm ist, ist außerdem irgendwie nicht „normal“.

Doch wie sieht der sozialistische Gegenentwurf beim Wohnen aus? Die vor-marxistischen Sozialisten, wie Owen oder Fourier, entwarfen detailreiche Projekte für tausende BewohnerInnen, wo von der Wohnung ausgehend ein kollektives Leben organisiert werden sollte. Arbeit, Freizeit, Bildung... alles sollte kollektiv stattfinden und zwar nach einem vorab festgelegten, starren Plan bis hin zu einer minutengenauen Einteilung des Tagesablaufs. Obwohl die Umsetzung solcher Versuche scheiterte, bleibt ein Gedanke doch richtig: Wo viele Menschen zusammen leben, kann das genutzt werden, um durch gute Planung Vorteile für alle zu schaffen.

Trotzki lud nach der russischen Revolution 1923 in seinem Artikel zu „Fragen des Alltagslebens“ dazu ein, gemeinsam auf freiwilliger Basis Experimente für kollektiviertes Wohnen zu wagen. Die Idee beruhte auf der demokratischen Gestaltung der Wohnprojekte durch ihre BewohnerInnen und die Gesellschaft. Was dabei entstehen könnte, beschreibt er so:

„Das Waschen muss in einer öffentlichen Wäscherei geschehen, die Versorgung mit Essen in einem öffentlichen Restaurant, Nähn durch öffentliche Einrichtungen. Die Kinder müssen durch gute öffentliche Lehrer erzogen werden, die eine echte Berufung für diese Arbeit spüren. Dann wird das Band zwischen Mann und Frau von allen äußeren und zufälligen Dingen befreit und der eine würde aufhören, das Leben des anderen völlig für sich in Anspruch zu nehmen. Echte Gleichberechtigung würde schließlich erreicht.“

Trotzki versprach sich von der Selbstbestimmung frei von Profitzwängen letztlich den Sprung „aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ und damit in einer neuen Gesellschaft auch neue Formen des Wohnens und Zusammenlebens. Solange neue Wohnformen als Inseln im kapitalistischen Meer bleiben, sind sie bestenfalls sehr begrenzte Projekte, aber ändern an den gesellschaftlichen Normen noch nichts.

Tilman M. Ruster



Wer kämpft, kann gewinnen – SozialistInnen gegen Wohnungsnot

Ein kalter, verregneter Februarstag an einem Samstag Morgen im Londoner Stadtteil Walthamstow. Schüchtern, ängstlich, sich flüsternd unterhaltend, kommen einzelne MieterInnen aus ihren Wohnungen des umliegenden „Butterfield-Estates“ zusammen. Ihre Mietwohnungen wurden gerade verkauft. Der neue Vermieter will sie rauswerfen: Die billigen

kriegen wenig Lohn dafür. Wie kann man sich unter diesen Bedingungen wehren, wenn man sich abends müde von der Arbeit nach Hause schleppkt?

SozialistInnen sind der Meinung, dass man sich wehren muss und kann. Und man kann gewinnen. Butterfields wurde in England zum Symbol dafür. AktivistInnen der Socialist Party (englische Schwei-

stadt Stuttgart. Dort werden ganze ArbeiterInnen-siedlungen platt gemacht, um Bürotürme und teure Wohnbauten in die Höhe zu ziehen. Diese sind für die NormalverdienerInnen Stuttgarts nicht leistbar und bringen allenfalls den Miethaien und Finanzion-gleuren etwas.

Doch die Menschen nehmen es nicht hin. Ihr Kampf hat große Ähnlichkeiten

Die Kämpfe sind noch lange nicht gewonnen, doch viel wurde erreicht. Das Selbstbewusstsein der Menschen wird durch die Proteste gestärkt, Vereinzelung und Isolation zurückgedrängt. Stabile und aktionsfähige Strukturen zur Koordinierung des Widerstandes werden aufgebaut. Das Thema Wohnen betrifft alle lohnabhängigen Menschen. Deshalb ist es wichtig, möglichst viele in den Kampf einzubeziehen und Verbindungen zu Gewerkschaften, linken Parteien und anderen Stadtteilinitiativen aufzubauen. Gemeinsam sind wir stark! Das ist das Motto der Kämpfe von MieterInnen.

Kämpfe ums Wohnen finden selten im luftleeren Raum statt. Oft werden sie von anderen Auseinandersetzungen begleitet, oder sind Startpunkt für neue Kämpfe. Beispiel Seattle. Dort verhinderten Proteste vor allem aus der afro-amerikanischen ArbeiterInnenklasse einen von der Stadt finanzierten, 160 Millionen Dollar teuren Bau einer neuen Polizeistation.

Daraufhin startete die sozialistische Stadträtin und CWI-Aktivistin Kshama Sawant einen Aufruf: „Lasst uns das Geld nutzen um 1.000 dringend benötigte und bezahlbare Wohnungen zu bauen.“

Aus diesem Aufruf entstand eine Koalition aus 70 verschiedenen Organisationen, drei Dutzend Religionsgemeinschaften, MieterInneninitiativen und Gewerkschaften. Die in Seattle regierenden Demokraten konnten die so entstandene Bewegung nicht lange ignorieren. Schließlich stimmte der Stadtrat dem Bau von 200 neuen Wohnungen zu.

Ein wichtiger Erfolg, aber trotzdem nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Doch ohne einen Kampf hätte es ihn nicht gegeben. Das ist auch eine Lehre aus der sozialistischen Stadtregierung im Liverpool der 1980er Jahre. Damals führten Mitglieder der trotzkistischen Militant Tendency (heute Socialist Party) eine Stadtverwaltung, die tausende neue Wohnungen gegen den erbitterten Widerstand der Thatcher-Regierung bauen konnte. Das ging nur, weil man in der Stadt Massendemonstrationen und Streiks zur Durchsetzung des Wohnungsbauprogramms organisierte.

Wer kämpft, kann gewinnen. Doch jeder Erfolg ist so lange bedroht, wie wir in einer Welt leben, in der das Profitstreben das Maß aller Dinge ist. Deshalb kämpfen wir für eine andere, eine sozialistische Welt.

Christian Bunke

Weltweit konnten CWI-Mitglieder in Bewegungen rund ums Wohnen wichtige Erfolge erzielen.

Arbeiterwohnungen sollen aufgehübscht und teuer verkauft werden. Über den Köpfen der MieterInnen hängt das drohende Schicksal der Obdachlosigkeit. Die Frage, die sich an diesem Tag alle stellen: Kann man sich überhaupt dagegen wehren?

Butterfields ist kein Einzelfall. In allen großen Städten dieser Welt sind Menschen von Verdrängung aus ihren Wohngegenden bedroht und fragen sich, wie sie sich die Miete von ihren Löhnen überhaupt leisten können. In London geben die Menschen 2/3 ihres Einkommens für die Miete aus. Die MieterInnen des Butterfields Estates kommen aus zahlreichen Ländern, haben sehr lange Arbeitszeiten und

terorganisation der SLP) organisierten Straßentreffen, brachten Anwohner und lokale Gewerkschaftsgruppen zusammen. Proteste wurden organisiert. Auktionen, auf denen die bedrohten Wohnungen verkauft werden sollten, wurden gestört. Es gab Demonstrationen zu Maklerfirmen, die sich daraufhin weigerten, die Wohnungen zu kaufen.

Nach einem neunmonatigen Kampf konnten die Butterfields BewohnerInnen ihre Wohnungen behalten: „Wir haben nicht daran geglaubt, doch die Socialist Party hat uns gezeigt, wie man kämpft und gewinnt,“ so eine Bewohnerin.

Butterfields ist auch in der deutschen Groß-

mit der Butterfields-Auseinandersetzung in London. Stuttgarter AktivistInnen der SAV (deutsche Schwesterorganisation der SLP) und der Partei „Die Linke“ beteiligen sich an Treffen und Aktivitäten lokaler MieterInneninitiativen. Der Kreisverband von „Die Linke“ hat ein Massenfaltblatt gegen die Abrisspolitik herausgebracht.

Linke Bezirks- und GemeinderätInnen unterstützen die MieterInnenkämpfe. Die MieterInneninitiativen organisieren Infostände, Flugblattverteilung, MieterInnenversammlungen und Plakatierung in den Stadtteilen. Auf Demonstrationen wurde Erhalt und Instandhaltung der Wohnungen gefordert.

Was ist das für 1 Jugendschutz?

Seit ein paar Wochen gibt es wieder eine Debatte über die Vereinheitlichung des Jugendschutzes. Im Moment sind die Regelungen in jedem Bundesland unterschiedlich, was zu der absurdnen Situation führt, dass ein unter 16 jähriger im steirischen Hartberg am Abend zwei Stunden kürzer fortgehen darf als seine Freundin im 20 km entfernten Oberwart im Burgenland.

Eine Vereinheitlichung ist dann zu begrüßen, wenn sie nicht benutzt wird, um Freiheiten weiter einzuschränken (z.B., indem die strengerer Tiroler Regeln übernommen werden) und damit ein Instrument zu schaffen, um Jugendliche stärker zu kontrollieren und schikanieren.

Aber vor allem ist das Gedre über den Jugendschutz nichts als Heuchelei. Denn anstatt sich damit auseinanderzusetzen, was Jugendliche dazu treibt, zu viel Alkohol oder Drogen zu konsumieren, setzt man lieber auf Strafen, Gesetze und Repression. Längst ist bekannt, dass viele v.a. auch deshalb trinken oder Drogen nehmen, weil man aus einer furchtbaren Realität mit fehlenden Ausbildungschancen, miesen Jobs und AMS-Schikane fliehen will.

Oder warum beschäftigt sich die Regierung

nicht mit besseren Schutzbestimmungen für Lehrlinge? Dazu würde z.B. gehören, den Kündigungsschutz für Lehrlinge wieder zu verbessern (der seit 2000 immer weiter ausgehöhlt wurde) oder zu verhindern, dass Lehrlinge von ihren Betrieben länger als erlaubt bzw. in der Nacht eingesetzt werden.

Tatsächlich passiert das Gegenteil: anstatt hier Jugendliche wirklich zu schützen, werden die wenigen Bereiche, die wirklich helfen, kaputt gespart. In immer mehr Städten werden Jugendzentren geschlossen oder bei Streetwork und anderen sozialen Betreuungsangeboten Jobs abgebaut.

Denn echter Jugendschutz sind nicht repressive Gesetze, sondern ein Ausbau von Streetwork, Möglichkeiten zur gratis Freizeitgestaltung (z.B. Sport, Theater, Museum, Kino, Jugendzentren usw.), Bekämpfung von Leistungsdruck am Schul- oder Ausbildungsort usw. Aber das kostet natürlich. Doch den Regierenden ist der Schutz der Bankkonten ihrer superreichen FreundInnen wichtiger. Der beste „Jugendschutz“ sind aber ohnehin Jugendliche, die für die eigene Zukunft und gegen „Law & Order“ selbst aktiv sind.

Christoph Glanninger



Fahrschule in die Schule!

Den Führerschein zu machen, ist für viele Menschen oft eine riesige Hürde. Nicht weil sie nicht

nen Großteil der Bevölkerung, besonders am Land, essentiell, um von A nach B zu kommen. Für vie-

Der Führerschein ist sauteuer – die Ausbildung muss gratis und Teil des Schulunterrichts sein.

Autofahren könnten, sondern weil es zu teuer ist. Durchschnittlich kostet er 1.500 €. Für Erste-Hilfe-Kurse (Dinge, die 2017 zur Allgemeinbildung gehören), Dokumentenausstellungen, Perfektionsfahrten, Fahrsicherheits-Trainings muss zusätzlich gezahlt werden. Auch Neuantritte kosten extra. Autofahren ist für ei-

le ist „Individualverkehr“ notwendig, um zu arbeiten und Geld zu verdienen. Die SLP steht klar für kostenfreie Fortbewegung und massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs – das könnte Schadstoffbelastung zurückdrängen und Mobilität gewährleisten.

Nichts desto trotz ist eine Gesellschaft, in der das

Auto ein zentrales Fortbewegungsmittel ist, nicht von heute auf morgen abgeschafft. Um jedem Menschen die selbe Chance auf – vor allem sichere – Mobilität bieten zu können, muss der Führerschein als Unterrichtsfach in der Oberstufe eingeführt werden. In einem ausreichenden Zeitraum kann somit sichergestellt werden, dass junge Menschen Verkehrsregeln, die Mechanik, das Fahren, die Verantwortung und die Gefahren eines Fahrzeuges kostenfrei lernen. Fahrschulen müssten verstaatlicht und somit zu echten, nicht-profitorientierten Bildungseinrichtungen umgestaltet werden.

Stefan Gredler

Kernige Uni-Pläne

In Kems Plan A wird viel über Bildung gesprochen. Ziel seien die „besten“ Köpfe. Forschung und Lehre sollen stärker an die Befürfnisse der Wirtschaft gekoppelt werden. „Je nach Studiengruppe entscheidet die öffentliche Hand, wieviele Studienplätze finanziert werden.“ steht geschrieben und Kern hat auch klar gestellt dass „das Leistungsprinzip beim Unizugang mit sozialdemokratischen Werten vereinbar“

sei. Soll heißen: Studierende sollen nicht frei entscheiden können, was sie studieren wollen, sondern sollen studieren, was „der Markt“ benötigt. Richten sollen das wohl Zugangsbeschränkungen. VSStÖ und Gras sind skeptisch bezüglich der Ankündigungen. Es braucht aber einen Plan W(iderstand), wie das zu verhindern ist. Mit mauen Protesten wird das nicht gehen. Das müssen die Studis schon selbst organisieren.

„Vater“ des Monats



Der serbische Premier Vucic will die Rechte von ArbeitInnen aushebeln, um die Profite der KapitalistInnen zu erhöhen: „Diese Arbeitsschutzbedingungen schaden unserem Land. Wenn ich könnte, würde ich meinen eigenen Sohn ein paar 24h-Schichten einlegen lassen.“ – Da wirds wohl nicht nur für seinen Sohn Zeit, auf die Barrikaden zu gehen!





Hong Kong: Regierungschef muss gehen

Leung Chun-ying („CY“) ist zurückgetreten – Millionen Menschen in Hong Kong feiern diese Neuigkeiten. Als Regierungschef von Hongkong war er ein Desaster für die Bevölkerung mit Angriffen auf demokratische Rechte und einer sozialen Polarisierung. Es ist ironisch, dass seine Chefs im chinesischen Regime ihn dafür entlassen haben, dass er

nisse der Wahl zur LegCo im September waren eine schmerzliche Niederlage für das Establishment. Das wiederum war Ergebnis der Regenschirmbewegung von 2014. CY hat diesen 79 Tage dauernden Kampf überlebt – aber als angeschlagener Herrscher.

Vor seinem Abgang hat CY noch mit undemokratischen Manövern ver-

„Long Hair“ nannte dieses Manöver einen Putsch gegen die Wahlergebnisse des Septembers. Ein schwächerer oppositioneller Block hätte es der Regierung leichter gemacht, die LegCo zu kontrollieren und unpopuläre Maßnahmen durchzuboxen. CY hatte bereits angekündigt, Artikel 23 einzuführen, der ein massiver Angriff auf die

unter Wasser gesetzt und somit Archive und Unterlagen vernichtet. Auch wenn der Schaden groß ist, konnten die „Diebe“ kaum Wertvolles mitnehmen, was vermuten lässt, dass sie eher an Informationen über unsere Arbeit in Hong Kong und China interessiert waren.

Ein mögliches Ende der Herrschaft von CY haben SozialistInnen bereits nach den Wahlen im September vorhergesagt. Es war klar, dass das chinesische Regime versuchen würde, weitere Bewegungen und Aufstände in Hong Kong zu vermeiden. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage hat gezeigt, dass nur 19% der Bevölkerung Hong Kong eine Wiederwahl von CY unterstützt hätten. Peking wird CY mit einer weniger kontroversen Figur ersetzen, um politische Spannungen zu reduzieren. Bei der Wahl im März könnten sie sich für eine Person wie Finanzsekretär John Tsang Chun-wah entscheiden, der unter den traditionellen Tycoon Familien einiges an Unterstützung hat. Die Entscheidung Pekings, CY zu ersetzen ging von Xi Jinping und der zentralen Führung aus und reflektiert den Machtkampf in Peking. Sie spiegelt dennoch auch die Macht von Massenprotesten wider.

CYs Rückzug ist auch ein verspäteter Sieg der Regenschirmbewegung. Das ist eine wertvolle Schlussfolgerung für die Frage, was als nächster Schritt nötig ist. Schon die Massenbewegung 2003 gegen Artikel 23 hatte einen Regierungschef zum Abdanken gezwungen. Diese Lehren sind wichtig für den Wiederaufbau der Pro-Demokratie Bewegung in Hong Kong und China. Denn die Bewegung war siegreich trotz der zögerlichen Haltung ihrer Führung, der sogenannten Pandemokraten. Sie hätte auf Festlandchina und auf die Ebene von Streiks und sozialen Kampfmaßnahmen ausgeweitet müssen. Auch eine zukünftige Bewegung muss das aufgreifen. Denn auch wenn CY zurückgetreten ist – das undemokratische System von Korruption, für das er steht, ist noch intakt. Das Schicksal der vier Oppositionellen ist immer noch unklar. Wir müssen das gesamte Establishment stürzen – das System von kapitalistischer Diktatur – wenn demokratische Rechte und soziale Gerechtigkeit Realität werden sollen.

Sally Tang mei-ching
Socialist Action
www.socialism.hk
www.chinaworker.info

Wiederkehrende große Proteste in China und Hong Kong machen die Herrschenden in Peking nervös.

einen Teil des gewählten Legislative Council (LegCo, gesetzgebende Körperschaft, entspricht einer Art Parlament) entlassen wollte. Seine Agenda bedeutete mehr Kontrolle über Honkong durch Festlandchina in Bezug auf Bildung, aggressives politisches Vorgehen gegen Proteste und einen erneuteten Versuch, Artikel 23 (ein „Antisubversionsgesetz“) einzuführen. Seine Amtszeit war gekennzeichnet von Vertiefung der Armut und einer Immobilienkrise.

Wie auch immer die offizielle Version von CYs Abgang lautet, der wirkliche Grund war, dass seine Herrschaft durch Massenproteste blockiert wurde. Die Wahlergeb-

sucht, seine Herrschaft zu sichern. So initiierte er z.B. eine Hexenjagd gegen vier oppositionelle gewählte VertreterInnen der LegCo, darunter „Long Hair“ Leung Kwok-hung von der Sozialdemokratischen Liga. Drei von ihnen waren im September in die LegCo gewählt worden. Durch Attacken auf die demokratischen Oppositionsparteien in der LegCo hoffte CY Rückendeckung von Peking für den auf die Elite beschränkten Wahlprozess zum Regierungschef zu erhalten, um eine Spaltung in der herrschenden Elite zu vermeiden. Sein Plan war, die vier los zuwerden und sie dann in den Nachwahlen durch pro-Peking PolitikerInnen zu ersetzen.

ohnehin beschränkten demokratischen Rechte in Hong Kong ist. Es handelt sich dabei um ein „Antisubversionsgesetz“ dessen Einführung bereits 2003 durch Massenproteste verhindert worden war.

Peking hat nun CYs Herrschaft beendet. Das zeigt die Nervosität der Herrschenden in Peking. Es gibt auch starke Indizien, dass der Einbruch in das Büro von Socialist Action, der Sektion des CWI in Hong Kong, aus dieser Richtung kommt. Das Büro ist in einer extrem armen Gegend, in der es aufgrund der Armut kaum Einbrüche gibt. Es wurden alte, schlechte (und schwere) Computer gestohlen, Dokumente gesucht und das ganze Büro

Donald Obama und Barack Trump?

Trumps Präsidentschaft bedeutet Angriffe auf ArbeiterInnen, MigrantInnen und Frauen. Doch werden sich seine politischen Entscheidungen fundamental von jenen Obamas unterscheiden? Obama wurde mit einem Mandat für „Hoffnung“ und „Veränderung“ gewählt. Man erhoffte eine gleichere und gerechtere Gesellschaft. Tatsächlich kam es anders. In den ersten Monaten rettete Obama die Wall Street Banken, die die Wirtschaftskrise ausgelöst hatten und schickte zusätzliche Truppen nach Afghanistan. Statt der versprochenen „transparentesten Regierung der Geschichte“ wurde der Überwachungsstaat ausgebaut, der WhistleblowerInnen wie Chelsea Manning und Edward Snowden verfolgt – daran ändert auch Mannings Begnadigung kurz vor Obamas Abtritt nichts.

Es ist erschreckend, wenn Trump die Ausweisung von zwei bis drei Millionen undokumentierten ArbeiterInnen ankündigt – doch unter der Obama-Regierung wurden 2,4 Millionen MigrantInnen deportiert, mehr als unter jedem anderen US-Präsidenten. Trumps Rassismus und sein Versprechen, Einwanderung aus „terroranfälligen Regionen“ (gemeint sind Moslems) zu verbieten, sind widerlich. Doch

Brettros

sind seine Worte schlimmer als das Handeln der Obama-Regierung, die allein im letzten Jahr 26.000 Bomben auf hauptsächlich muslimische Länder wie Somalia, Libyen oder Pakistan abgeworfen hat? In vielen Gegenden leben die Menschen in dauernder Angst vor Drohnenangriffen, die ihr Leben jederzeit auslöschen könnten. Das ist Obamas Erbe im Nahen und Mittleren Osten. Es ist zynisch, wenn Obama sich sorgt, dass die USA „einen Präsidenten bekommen könnten, der [...] Kriege auf der ganzen Welt ohne Rechenschaftspflicht oder demokratische Debatte führen kann.“

Es ist gut, dass hunderttausende insbesondere beim Frauenmarsch auf Washington gegen Trumps Amtseinführung auf die Straße gehen. Aber die Erfahrungen mit Obama zeigen: Wenn wir Trumps Politik wirklich bekämpfen wollen, können wir uns nicht auf die Demokratische Partei verlassen. Aus den sozialen Bewegungen, die überall aus dem Boden sprießen, wie dem Kampf um einen \$15 Mindestlohn, Black Lives Matter und der Umweltbewegung, muss eine Partei der 99% entstehen, die den Widerstand gegen Trump und sein System zum Erfolg führen kann.

Brettros



Friedenstaube Putin?

Für den Westen steckt Putin zur Zeit so ziemlich hinter allem: er soll dafür verantwortlich sein, dass Trump US-Präsident wurde und einen Plan haben, Merkel

ment schon selbst zu verantworten. Und von Putins Liebe zum Frieden können die Menschen in Georgien, der Ukraine und in Syrien ein Lied singen.

Putin ist nicht der Teufel in Person, aber auch um keinen Deut besser als der US-Imperialismus.

zu stürzen. Putin dagegen inszeniert sich als friedliebender Volkstribun, der die Welt gegen amerikanische Allmachtfantasien verteidigt. An beidem ist wenig dran. Putin ist ein autoritärer Herrscher, der vor wenig zurückschreckt, aber Trump hat das US-amerikanische Establish-

Die USA und Russland gehören zwei unterschiedlichen imperialistischen Blöcken an, die um Macht und Einfluss ringen. So unterstützen beide in Syrien unterschiedliche Gruppierungen. Während die USA die Rebellen unterstützt, steht Russland auf der Seite Assads.

Nicolas Prettner

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Indien: Gegen Landraub

Die indische Regierung will in Puna einen neuen Flughafen bauen. Für das Mega-Projekt sollen absurde 3.000 Hektar Land „im öffentlichen Interesse“ enteignet werden. Ähnliche Projekte waren Tarnung für Luxus-Projekte für die kleine Gruppe der Reichen. Das Risiko für die Investitionen trug stets die öffentliche Hand. „New Socialist Alternative - NSA“ (CWI in Indien) hilft, den Widerstand der von Enteignung bedrohten Bevöl-

kerung zu organisieren. In vielen Dörfern haben sich Komitees gebildet, die NSA in Puna vernetzt. Die Regierung versucht, jedes Dorf einzeln mit Einschüchterungen und Lügen-Versprechen zum Einlenken zu bringen, die Vernetzung soll genau das verhindern. Mit einer Verleumdungs-Kampagne auch gegen NSA und Drohungen gegen zentrale AktivistInnen reagiert die Regierung.

www.socialism.in

Nord-Irland: Links tut sich was

In den letzten Jahren heizt sich der alte katholisch-protestantische Konflikt in Nordirland wieder an, was als Ablenkungsmanöver gelegen kommt. Die Labour Party gab es dort bisher nicht und sie wurde auch nicht vermisst. Seit deren neuer Chef Corbyn diese aber mit linken, kämpferischen Inhalten füllt, hat sich das geändert: Nach einer Initiative unserer Schwesterpartei hat sich dort die „Labour Alter-

native (LA)“ gegründet. Sie steht für Widerstand gegen Kürzungen, und zwar gemeinsam über die Konfessionsgrenzen hinweg. Statt Katholisch und Protestantisch gegeneinander auszuspielen, organisiert LA ArbeiterInnen aus beiden Lagern. Diese Alternative kommt gut an: Seit Mai ist LA von 400 auf 3.000 Mitglieder gewachsen und damit am zweitmeisten!

www.socialistpartyi.net

Brasilien

Vom 27.-29.1. findet die bisher größte Lateinamerika-Schulung des CWI statt. Unter den TeilnehmerInnen aus Chile, Brasilien, Venezuela, Mexiko, den USA und Spanien sind auch VertreterInnen der „Izquierda Revolucionaria“, einer sozialistischen Organisation, mit der das CWI in Diskussion steht. Neben der Lage in Lateinamerika ist daher auch die Reorganisierung der revolutionären Linken international Thema.

www.socialistworld.net

**Das ist meine Wahrheit.
Sag mir deine.**

Aneurin Bevan (1897-1960), walisischer Minenarbeiter und Sozialist, zu einem konservativen Abgeordneten

Fake News & „seriöse“ Medien: Ihre Wahrheit gegen unsere

„Postfaktisch“ ist das Modewort dieser Tage. Das Oxford Dictionary wählte es zum internationalen Wort des Jahres 2016, und auch die Gesellschaft für deutsche Sprache verlieh ihm diesen Titel. Die „seriösen“ Medien sind voller Empörung über postfaktische Fake News: Nicht mehr Fakten, sondern

hier vorwerfen, er verbreite Fake News. Eine neutrale „Wahrheit“ ist das jedoch auch nicht – Er drückt hier nur die Interessen der Klasse aus, für die er schreibt: die KapitalistInnen, die ihre Profite verteidigen wollen. In ihre Besitzstände (die aus unserer Arbeit kommen) einzugreifen, ist für ihn

lügt, wie die rechtsextremen „Lügenpresse“-Schreier behaupten, sondern dass sie die Wahrheit sagt: die Wahrheit ihrer Klasse. Was den Interessen der Herrschenden widersprach, war hingegen immer schon „unvernünftig“: Im 19. Jahrhundert die Idee der Gleichstellung von Frau-

russischen Verschwörungen hinter jeder Ecke, z.B. bei der US-Präsidentenwahl – Währenddessen schreiben putintreue Medien seit Jahren die NATO-Invasion Russlands herbei. Die zunehmende Rivalität zwischen westlichen Medien und z.B. dem russischen Sender RT ist Aus-

die Wahl Trumps oder der Aufstieg des europäischen Rechtspopulismus haben einen gemeinsamen Kern: In ihnen drückt sich Angst vor den Folgen der zerstörerischen kapitalistischen Krise und der Wunsch nach Veränderung aus. Gerade deswegen darf die Linke heute nicht „realistisch“ oder „vernünftig“ im Sinne der Herrschenden sein.

„Verantwortungsvolle“, „sachorientierte“, „pragmatische“ Politik zu machen, bedeutet, sich mit den Herrschenden ins gleiche, sinkende Boot zu setzen. Das gibt wiederum der rechtsextremen Hetze Munition, die sich dann als

einige Alternative darstellen kann. Den Schwägen der Herrschenden müssen die Bedürfnisse von ArbeiterInnen und Arbeitslosen jeglicher Herkunft und aller Geschlechter kompromisslos entgegengestellt werden. Es braucht mehr linke Medien und Kräfte, die die existierende Wut auf das bestehende System aufgreifen und organisieren, auch wenn das als „unseriös“ diffamiert wird. Für die herrschende Klasse ist der Bruch mit der kapitalistischen Logik unvernünftig und den Fakten widersprechend. Für uns ist er notwendig.

Sebastian Kugler

Auch „seriöse“ Medien geben eine einseitige Wahrheit wider: die „Wahrheit“, die den Herrschenden nützt.

Emotionen oder gar politische Motive bestimmen die gesellschaftliche und politische Debatte, so der Vorwurf.

Natürlich wird im Internet allerlei Unsinn verbreitet. Natürlich greifen Boulevardblätter jedes Gerücht auf, um eine Sensation zu verkaufen. Aber ist die „seriöse“ Presse deswegen neutral? Josef Urschitz schreibt in der Presse vom 30.12.2016 ganz nüchtern: „Stärkere Besteuerung der Erträge aus Besitz und „intellectual property“ sind schwer ideologisch belastet und greifen in bestehende Besitzstände ein“, und bezeichnet das Sozialsystem als „nicht mehr zeitgemäß“ – Niemand von den HüterInnen journalistischer Professionalität würde ihm

tabu. Die kapitalistische Ausbeutung ist auch für die „seriöse“ Presse ein Naturgesetz, das zu kritisieren oder gar zu bekämpfen unvernünftig oder „ideologisch vorbelastet“ ist.

Die herrschenden Medien drücken immer die allgemeinen Interessen der Klasse aus, die von den grundlegenden Mechanismen dieses Systems profitiert – und stellt sie als tatsächliche Interessen der ganzen Gesellschaft, als „Wahrheit“ dar. Vom Standpunkt all jener, die tagtäglich unter diesem System leiden, ist jedoch an dieser „Wahrheit“ nicht mehr dran als an einer wissenschaftlich verbreiteten Lüge. Das Problem ist also nicht, dass die herrschende Presse

en, im 20. Jahrhundert die Gegnerschaft zu imperialistischen Weltkriegen usw.

Im Zuge der wirtschaftlichen Krise wird immer klarer, dass es keine gemeinsamen Interessen verschiedener Klassen gibt. Der wehmütige Blick in vergangene, „sachlichere“ Zeiten ist die Sehnsucht nach einer Ära, in der die Herrschaft der KapitalistInnen noch stabiler war. Der „Brexit“ war für die Presse unvernünftig und postfaktisch – weil ihre Klasseninteressen, die Stabilität der EU, nicht mehr als oberstes Kriterium galten. Auch untereinander kriegen sie sich immer mehr in die Hände: Dieselben Medien, die gegen „Fake News“ ankämpfen, finden nun

druck der steigenden zwischen-imperialistischen Spannungen.

Aber (Falsch-)Informationen, ja sogar plumpe Lügen können sich nur in dem Maße verbreiten, in dem sie an ein bestehendes Bewusstsein anknüpfen. In dem Sinne sind sie nie Ursache, wohl aber Auslöser von Aktivitäten. Über die Zeit der bürgerlichen Revolutionen schreibt Marx: „So reif war Spanien für eine Revolution, dass selbst falsche Nachrichten genügten, sie hervorzurufen. Auch 1848 waren es falsche Nachrichten, die den revolutionären Orkan entfesselten.“ (Das revolutionäre Spanien, MEW 10, 481)

„Postfaktische“ Phänomene wie der Brexit,

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Klaus Gietinger behandelt in seiner *Nutilus* Flugschrift auf 189 Seiten in äußerst spannender Art die Ermordung Rosa Luxemburgs. Akribisch genau dokumentiert er die Vorgänge, die zum Tod der Revolutionärin führten.

„Eine Leiche im Landwehrkanal“ - Ein spannendes Buch zu den Hintergründen des Mordes an Rosa Luxemburg.

ten. Die Fakten weichen äußerst stark von der veröffentlichten Darstellung der deutschen Bundesregierung aus dem Jahr 1962 ab. Deren Bericht besagte, dass Rosa von einem Standgericht erschossen worden sei. Tatsächlich zeigt dieses Buch auf, wie sich das

Großkapital verschworen hat, um eine unliebsame Frau aus dem Weg zu schaffen. Des Weiteren werden Kurzbiographien von allen beteiligten Personen geliefert. Eine äußerst interessante Beschreibung, wie Kapita-

listInnen ihre Taten vertuschen wollen und dabei von der Justiz unbekämpft bleiben. Der Mord an Rosa Luxemburg war der Auftakt an einer Serie von politischen Morden, die in den folgenden Jahren weitergingen, bis der Faschismus an die Macht kam. Was sagt uns

das für heute? Justiz und Polizei sind blind auf dem rechten Auge, sie sind ein Teil des Staatsapparates. Auch antifaschistische Bürgerliche irren, wenn sie sich im Kampf gegen den Rechtsextremismus auf den Staat verlassen. Es ist kein Zufall, dass linke Gruppierungen beobachtet werden und Rechtsextreme, wie die „Reichsbürger“, jahrelang ungeschohnen ihr Unwesen treiben können. Und: wenn es um die Macht geht, würde der bürgerliche Staat wieder brutal gegen die ArbeiterInnenbewegung vorgehen. Das Buch ist hochaktuell.

Klaus Gietinger,
„Eine Leiche im Landwehrkanal“
Verlag 1900 Berlin
ISBN: 3-930278-022

Warum ich der SLP beigetreten bin

Ich komme aus dem Bezirk Gmunden. Gmunden ist eigentlich ein sehr wohlhabender Bezirk, aber auch hier merkt man schon die Schere zwischen Arm und Reich. Ich selbst komme aus der „Mittelschicht“, hatte aber aufgrund der Gegend, in der ich wohnte immer einen Einblick, wie es den nicht so Glücklichen ergeht. Ursprünglich wandte ich mich eher keynesianischen Lösungen zu und

glaubte man könnte so das Unheil in der Welt beseitigen. Ein Freund machte mich auf die SLP aufmerksam und meinte, dass sie mir gefallen könnte. Ich machte anfangs noch Witze über die Seriosität, mit der an die politische Arbeit rangegangen wird. Doch nach einiger Zeit merkte ich selbst, dass man nur durch ein konsequentes Auftreten Rassismus, Sexismus, Homophobie und dem Kapi-

tal die Störungen beseitigen kann. Nach relativ schneller Zeit war ich bei den ersten Aktionen dabei und las meine erste Vorwärts. Nach einem halben Jahr engagierte ich mich auch im Lesekreis und begann, mich weiter zu bilden. Es wurde mir immer präsenter, dass unter den bestehenden Umständen kein Weiterbestehen möglich sein kann.

Maurice Skukaleg (18),
Schüler aus Gmunden

Parteiprogramm und Parteigeschichte wieder erhältlich

Lange waren das Parteiprogramm und die Parteigeschichte der SLP ausverkauft.

Jetzt ist beides neu aufgelegt, die Parteigeschichte wurde sogar vollständig überarbeitet und aktualisiert.

SLP-Parteigeschichte:
Keine faulen Kompromisse – Vorwärts zum Sozialismus: Ein historischer Abriss unserer Arbeit und Methoden

92 Seiten A5 um €5.-
(plus Porto)

Und ein Paket-Angebot:

Programm & Geschichte samt 10-Ausgaben Vorwärts- Abo um €25.-

IBAN: AT25600000008812733

BIC: OPSKATWW

Zweck: P&G&V-Paket

Einzelbroschüren: Preis + €2.- fürs Porto überweisen.



SLP-Parteiprogramm:
Den Wahnsinn des Kapitalismus beenden – Sozialismus erkämpfen
48 Seiten A5 um €2.-
(plus Porto)

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'
Salzkammergut Einkaufspark

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15.; Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schwingerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im *SLP-Büro*
20.; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im *SLP-Büro*
20.; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)



Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns



Gegner: „Rechtsextreme Elite trifft sich“

Bei der Demo gegen den rechtsextremen Akademikerball in Graz war die SLP vorne mit dabei. Trotz der weitgehend unpolitischen Mobilisierung, die pseudolustige Sprüche klopft statt politische Forderungen zu formulieren, kamen hunderte AntifaschistInnen. Unser Transparent schaffte es in orf.at und war Sammelpunkt für DemonstrantInnen – Offenbar gibt es doch genügend Nachfrage nach politischen Inhalten!

Gibt es nicht aus Profitstreben; gibt es aus Überzeugung.



> Berichte

> Analysen

> Hintergründe aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24.-

Sozial-Abo: € 14.-

(für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-inclusive-Abo: ab € 7.-/Monat

Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP



Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT25600000008812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

Frauen gegen rechte Hetzer

Für die Rechte der Frauen kämpfen heißt: Gegen den Akademikerball, gegen Trump und gegen Kapitalismus!

Am 3.2. findet der Akademikerball der Wiener FPÖ in der Hofburg statt, am 4.2. tanzen die Rechten in Linz. Wieder treffen hunderte Gäste, manche bekannte Rassisten, Antisemiten und Sexisten aus ganz Europa zusammen. Die Wahlerfolge von Front National, AfD, Donald Trump und der FPÖ und die zunehmende Verbreiterung rechten Gedankengutes in den Medien machen es immer wichtiger, auf die Straße zu gehen. Wir müssen

protestieren und v.a. auch die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Rassismus und Sexismus aufzeigen. Die rechten Hetzer sind sehr aktiv gegen Frauenrechte: dort, wo die FPÖ an Gesetzen mitwirkt, wurde nicht nur in der Flüchtlingshilfe und der Altenpflege eingespart, sondern auch ein reaktionäres Frauenbild propagiert. In Wels kürzt die FPÖ bei der Kinderbetreuung, was es Frauen erschwert, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

Doch weltweit stehen Frauen an der Spitze der Proteste gegen Trump, Gewalt gegen Frauen und Kürzungspolitik. Auch in Österreich ist die Situation von Frauen alles andere als rosig: niedrige Löhne, Gewalt, erzwungene Teilzeitarbeit etc. Hilf mit, damit der kommenden Internationale Frauentag am 8. März ein lauter wird: für Frauenrechte, das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche, gleiche Löhne und leistbare Wohnungen!

Shona Thompson



So machte Linz gegen homophobe Gewalt mobil

Mehr auf Seite 5



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen SpitälerInnen in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,
- kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.